

Storbeck, Dietrich

Article — Digitized Version

Die Arbeitskräftelage der sowjetzonalen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Storbeck, Dietrich (1963) : Die Arbeitskräftelage der sowjetzonalen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 7, pp. 303-308

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133323>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Arbeitskräftelage der sowjetzonalen Wirtschaft

Dr. Dietrich Storbeck, Dortmund

Die Bevölkerung der Sowjetzone hatte von 1939 bis 1946 durch die Zuwanderung der Vertriebenen aus den Ostgebieten um rund 10% zugenommen; dieser Zugang betraf vor allem die Altersgruppe der Kinder und Rentner.

Der Anteil der Personen im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung¹⁾ war im Zuge dieser Entwicklung von 67,5% auf 62,5% gesunken. Von 1946 bis 1950 erfolgte dann eine geringe Bevölkerungsabnahme, die überwiegend durch eine Weiterwanderung der Vertriebenen zustande kam. Bei dieser Bewegung erhöhte sich der Bevölkerungsanteil der Personen im arbeitsfähigen Alter auf 63,3%. An der Bevölkerungsabnahme von 1946 bis 1950 waren besonders die Kinderjahrgänge beteiligt.²⁾

Seit 1949 machten sich die ständige Abwanderung und die geringen Geburtenüberschüsse in einer Bevölkerungsabnahme bemerkbar. Das strukturelle Bild dieser Abwanderer entsprach aber keineswegs dem Aufbau des Arbeitskräftebestands der Bevölkerung, so daß ihr Fortgang über mehr als zehn Jahre strukturelle Verschiebungen hervorrief, die zusammen mit der Jahrgangverschiebung zu einer nachhaltigen Verminderung des Arbeitskräftepotentials geführt haben.

Struktur und Entwicklung der Gesamtbeschäftigten

Von Ende 1952 bis Ende 1961 nahm das Arbeitskräftepotential der Sowjetzone von 11,56 auf 10,22 Mill., d. h. um 1,34 Mill. Personen ab. Die Abnahme belief sich auf knapp 12%. Dabei hat sich der männliche Teil des Arbeitskräftepotentials nur um rd. 380 000 Perso-

nen oder um rd. 7% vermindert, der weibliche Teil verlor hingegen rd. 960 000 Personen oder 15%. Dieser Unterschied ist von Bedeutung, weil die weiblichen Arbeitskräfte im allgemeinen nicht in vollem Umfang eingesetzt werden können. Allein die Jahre 1960 und 1961 brachten für beide Teile des Potentials rd. 50% dieser Bestandsminderung, die keineswegs nur ein Ergebnis der Jahrgangverschiebung, sondern vor allem auch eine deutliche Auswirkung der überwiegend aus jüngeren und mittleren Jahrgängen bestehenden Abwanderung aus Mitteldeutschland darstellte.

Bei dieser Entwicklung verminderte sich der Anteil der Personen im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung von 63,1% (1952) auf 59,8% (1961). Da die Abnahme bei der männlichen Bevölkerung geringer als bei der weiblichen Bevölkerung war, ist der Anteil der männlichen Personen am Arbeitskräftepotential inzwischen leicht angestiegen. Im Jahre 1950 lag er noch bei 44,5% aller Personen im arbeitsfähigen Alter, 1961 dagegen bei 47%³⁾.

Seit 1952 hat die Zahl der (offiziell ausgewiesenen) Beschäftigten in der mitteldeutschen Wirtschaft zugenommen. Rechnet man die Lehrlinge in die Beschäftigtenzahl ein, so war Ende 1954 mit 8,246 Mill. Beschäftigten (ohne Lehrlinge 1957 mit 8,235 Mill. Beschäftigten) der Höchststand erreicht. Ohne die Lehrlinge, deren Zahl seit 1952 ständig abgenommen hat, sind von 1954 bis 1961 im Beschäftigungsstand keine nennenswerten Veränderungen eingetreten — Veränderungen blieben unter 1% jährlich. Bei schrumpfendem Arbeitskräftepotential war das nur durch steigenden Anteil der Frauen in der Beschäftigung möglich. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl belief sich

1) Männliche Personen zwischen 15 und 65 und weibliche Personen zwischen 15 und 60 Jahren.

2) Das ist vor allem auf die Jahrgangverschiebung in diesen Jahren zurückzuführen, da die geringen Geburtenzahlen der ersten Nachkriegsjahre die dem Kindesalter entwachsenden Jahrgänge umfangmäßig nicht ausgleichen konnten.

3) Bei einer normalen Bevölkerungsstruktur müßte er über 50% ausmachen, da nach der sowjetzonalen Abgrenzung des Arbeitskräftepotentials alle Männer zwischen 15 und 65, die Frauen jedoch nur zwischen 15 und 60 Jahren gerechnet werden.

Entwicklung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1952 bis 1961

(Sowjetzone einschl. Ostberlin)

Jahr	Bestand zum Jahresende in 1000			Bestandsveränderung (1952 = 100)			Anteil d. Bev. im arbeitsfähig. Alter in %
	im arbeitsfähigen Alter			im Kindesalter	im Rentneralter	Bev. im arbeitsfähig. Alter	
	männlich 15—65	weiblich 15—60	insgesamt				
1952	5 202	6 355	11 557	4 044	2 698	100,0	63,1
1953	5 172	6 262	11 434	3 926	2 752	98,9	63,1
1954	5 177	6 201	11 378	3 828	2 796	98,5	63,2
1955	5 153	6 116	11 269	3 718	2 845	97,5	63,2
1956	5 105	5 992	11 097	3 614	2 892	96,0	63,0
1957	5 038	5 861	10 899	3 583	2 928	94,3	62,6
1958	5 020	5 762	10 782	3 559	2 971	93,3	62,3
1959	5 007	5 689	10 696	3 589	3 001	92,5	61,9
1960	4 931	5 552	10 483	3 678	3 028	90,7	61,0
1961	4 823	5 394	10 217	3 793	3 069	88,4	59,8
1952/61	-379	-961	-1 340	-251	+371	-11,6	-3,3
1961 1)	4 704	5 279	9 983	4 027	3 069		58,5
	-119	-115	-234	+234	0		

1) Nach der Neuabgrenzung der Jahrgänge, bedingt durch das 10. Schuljahr, 16 bis 60 bzw. 65 Jahre für das arbeitsfähige Alter.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1958, S. 26 f. und 1962, S. 30 ff.

(ohne Lehrlinge) auf insgesamt 527 000 Personen, allein bei den weiblichen Beschäftigten auf 461 000 Personen. Dabei stieg der Anteil der weiblichen Beschäftigten von 42,7 % (1952) auf 45,7 %. Die Zahl der Lehrlinge nahm gleichzeitig von 544 000 auf 247 000 ab, so daß für die Gesamtbeschäftigung nur die geringe Zunahme von rd. 230 000 Beschäftigten von 1952 bis 1961 verbleibt.

Die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft hatte die Industrie einen starken Beschäftigungszugang, der vor allem in den Jahren zwischen 1950 und 1955 lag. Danach verlangsamte sich das Wachstum geringfügig, und 1958 erreichte die Beschäftigung ihren Höchststand. Trotz der dann eingetretenen geringen Abnahme wurde Ende 1961 der Beschäftigungsstand von 1939 noch gehalten; zugleich aber war die Beschäftigtenzahl um 553 000 höher als 1950. Da alle anderen Erwerbsformen in der Industrie zurückgingen, übertraf der Zugang bei den Arbeitern und Angestellten diese Zahl noch erheblich. Das Beschäftigungswachstum der Industrie zwischen 1950 und 1961 wurde zu rd. 60 % von der Steigerung der Frauenarbeit getragen.

Wie schon in den Vorjahren betraf auch die Beschäftigungssteigerung der letzten Jahre vor allem die Grundstoffindustrie und die metallverarbeitende Industrie. Besonders starke Steigerungen hatten dabei die chemische Industrie, die Metallurgie, der allgemeine Maschinenbau und die Elektroindustrie. Andererseits hatten die Textilindustrie und der Bergbau bemerkenswerte Abnahmen; neben anderen Einflüssen dürften Rationalisierungsmaßnahmen in diesen beiden Zweigen die Zahl der Arbeitskräfte verringert haben. Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen in der Beschäftigung.

Veränderungen in der Beschäftigtenzahl
einiger Industriezweige
(in %)

Industriezweig	1950-60	1958-61
Grundstoffindustrie	+ 35,5	+ 5
metallverarbeitende Industrie	+ 41,8	+ 4,8
Leichtindustrie	+ 8,3	- 2,8
Lebensmittelindustrie	+ 26,6	+ 3,7

Anm.: In der Lebensmittelindustrie erfolgte vermutlich eine bemerkenswerte Umstellung vom Handwerk auf die Industrie.

Das Beschäftigungsvolumen der Bauwirtschaft hat sich von 1952 bis 1961 kaum verändert. Insgesamt erfolgte eine Abnahme um nur 11 200 Beschäftigte; mit rd. 474 000 Beschäftigten (1961) wurde das Vorkriegsniveau knapp gehalten. Der Rückgang bei den Selbständigen und Mithelfenden war in der Bauwirtschaft trotz der Genossenschaftsbildung geringer als in anderen Bereichen (z. B. Landwirtschaft). Ende 1961 gab es 68 000 Genossenschaftsmitglieder, aber noch ca. 25 000 Selbständige und mithelfende Familienangehörige; 350 000 Beschäftigte waren Arbeiter und Angestellte. Auch in der Bauwirtschaft haben Rationalisierung (Montagebau) und Konzentration die Arbeitsproduktivität erhöht, jedoch nicht — wie vorge-

sehen — verdoppelt. Trotz des abnehmenden Arbeitskräftepotentials wurde das Beschäftigungsvolumen der Bauwirtschaft auch in den Jahren nach 1958 annähernd gehalten.

Im Handwerk hielt die schon vorher rückläufige Bewegung — wenn auch abgeschwächt — an. Einschließlich der Lehrlinge nahm die Beschäftigtenzahl im Handwerk von 1952 bis 1961 um rd. 178 000 Beschäftigte ab. Der größte Teil dieser Abnahme erfolgte in den Jahren nach 1956. Allein von 1958 bis 1961 ging die Beschäftigtenzahl um rd. 100 000 Personen zurück. Damit hatte das Handwerk Ende 1961 nur noch etwa zwei Drittel des Beschäftigtenstandes von 1950. Der Rückgang der Beschäftigung betraf alle Erwerbsformen, besonders aber die Selbständigen, deren Zahl mit dem steigenden Mitgliederbestand der Produktionsgenossenschaften ständig zurückging. Eine Abnahme der Beschäftigtenzahl war aber auch bei den Arbeitern und Angestellten zu verzeichnen.

In der Landwirtschaft (einschließlich Forst- und Wasserwirtschaft) erfolgten besonders starke Bewegungen, die vor allem nach dem Kriege durch die Überbesetzung mit Arbeitskräften und durch die Genossenschaftsbildung (seit 1952) ausgelöst wurden. Der größere Teil des Beschäftigungsrückganges entfiel hier allerdings schon auf die Jahre zwischen 1950 und 1952. Von rd. 2 Mill. Beschäftigten schiedেন etwa 316 000 aus der Landwirtschaft aus. Seit Ende 1952 trat nur noch ein Beschäftigtenverlust von 273 000 Personen ein; dieser Verlust ist vor allem auf die mit der Genossenschaftsbildung und der Technisierung zusammenhängenden Umstellungen in der Landwirtschaft zurückzuführen. Zwar hat auch die Zahl der Arbeiter und Angestellten abgenommen, doch liegt der Verlust wahrscheinlich allein bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, die nicht in die „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) eingetreten sind.

Die private Wirtschaft ist in diesem Bereich bis auf 38 000 Beschäftigte eingeschränkt worden. Die LPG hatten Ende 1961 977 000 Mitglieder, von denen ehemals rd. 391 000 Selbständige, 283 000 mithelfende Familienangehörige und 158 000 Arbeiter und Angestellte waren; hinzu kommen noch rd. 51 000 Industriearbeiter und 82 000 „Sonstige“. Demgegenüber war der Abgang bei den Selbständigen mit 555 000 und bei den mithelfenden Familienangehörigen mit 639 000 Personen erheblich höher. Von diesen Abgängen wurden bei den Selbständigen offenbar nur 74 %, bei den mithelfenden Familienangehörigen aber nur 44 % LPG-Mitglieder. Damit hat sich im Zuge der Kollektivierung der Arbeitskräftebestand der Landwirtschaft auch strukturell verändert.

Das Ausscheiden der mithelfenden Familienangehörigen kann sehr verschiedene Gründe haben, so z. B. das fehlende Interesse an der LPG-Mitgliedschaft, vorübergehendes oder endgültiges Ausscheiden aus der Landwirtschaft (vor allem bei der Jugend), das mit der

Kollektivierung verbundene Ausscheiden aus der formalen „mithelfenden“ Erwerbstätigkeit, die tatsächlich auch früher nicht mehr gewesen ist als die auch jetzt noch erfolgende Versorgung des bäuerlichen Haushalts. Immerhin kann damit gerechnet werden, daß ein Teil der ausgeschiedenen mithelfenden Familienangehörigen als freigesetzte Arbeitskräfte in andere Berufe und Wirtschaftsbereiche überwechselten. So ist in den Agrargebieten eine Arbeitskräftereserve entstanden, die auf Grund einer bisher ungenügenden regionalen Streuung der industriellen Arbeitsplätze noch nicht zum Einsatz gekommen ist.

Die Beschäftigtenzahl im Verkehrswesen blieb über die Jahre 1952 bis 1961 konstant bei knapp 400 000 Beschäftigten. Dagegen trat bei der Post ein Zuwachs von etwa 15 % ein. Größere Verschiebungen bei den Erwerbsunternehmen blieben hier aber infolge des großen Gewichtes der staatlichen Betriebe aus.

Nach dem vorangegangenen Beschäftigungsrückgang (1939 bis 1950) nahm die Beschäftigtenzahl im Handel seit 1952 zu. Dabei erfolgte die Zunahme ausschließlich in den Jahren 1952 bis 1956 (+94 000), danach stagnierte die Beschäftigungsentwicklung. Gleichzeitig trat eine Verschiebung in der Beschäftigungsstruktur dieses Bereiches ein. Einem Rückgang bei den

Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen steht eine größere Zunahme bei den Arbeitern und Angestellten gegenüber.

Diese Verschiebung ist ein deutlicher Ausdruck der Veränderungen in der Eigentumsstruktur des Handels, die allerdings schon in den ersten Jahren nach 1950 erfolgten. Von insgesamt 930 000 Beschäftigten blieben Ende 1961 nur noch 63 000 selbständig und 27 000 mithelfend tätig.

Seit 1950 ist mit den Erweiterungen der öffentlichen Verwaltung eine ständige Beschäftigungsausdehnung verbunden. Für den gesamten Dienstleistungsbereich stieg die Beschäftigtenzahl von 960 000 (1950) auf 1 318 000 (1961).⁴⁾ Dabei war schon von 1939 bis 1950 eine Erhöhung um etwa 50 % eingetreten. Einer allmählichen Abnahme der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen steht auch hier eine Zunahme bei den Arbeitern und Angestellten gegenüber. Die private Wirtschaft war Ende 1961 mit 180 000 Beschäftigten noch mit 13,5 % im Bereich der Dienstleistungen beteiligt.

⁴⁾ In der sowjetzonalen Statistik ist für die Gruppe Dienstleistungen und öffentlicher Dienst die Bezeichnung „Bereiche außerhalb der materiellen Produktion“ gebräuchlich.



VICTORIA

VERSICHERUNGSGRUPPE

Ende 1962:

8 054 000

Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrt-, Rechtsschutz-, Sach- und Transport-Versicherungen

4,1 Milliarden DM
Lebensversicherungsbestand

Sicherheitsmittel

(einschließlich technischer Rückstellungen)

1 475 000 000 DM

Beschäftigte der Sowjetzone nach Wirtschaftsbereichen 1952—1961

Wirtschaftsbereich	Beschäftigte 1) in 1000			Veränderung in 1000			Veränderung in % (1952)	
	1952	1956	1961	1952—1956	1956—1961	1952—1961	1952—1961	1956—1961
Industrie 2)	2 698,9	2 796,6	2 907,6	+ 97,7	+111,0	+208,7	+ 7,7	+ 4,1
Bauwirtschaft (einschl. Bauhandwerk)	484,9	484,9	473,7	—	— 11,2	— 11,2	— 2,3	— 2,3
Prod. Handwerk (o. Bau- u. Dienstl. Hdw.) 2)	602,7	575,1	424,9	— 27,6	—150,2	—177,8	—29,5	—24,9
Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft 2)	1 684,2	1 677,8	1 411,7	— 6,4	—266,1	—272,5	—16,2	—15,8
Verkehr und Post 2)	480,8	507,9	541,7	+ 27,1	+ 33,8	+ 60,9	+12,7	+ 7,0
Handel	886,0	929,6	928,9	+ 93,6	— 0,7	+ 92,9	+11,1	— 0,1
Dienstleistungen 2)	1 065,7	1 206,4	1 396,2	+140,7	+189,8	+330,5	+31,0	+17,8
Wirtschaftsbereiche insg.	7 853,2	8 178,3	8 084,7	+325,1	— 93,6	+231,5	+ 2,9	— 1,2

1) Einschließlich Lehrlinge, Heimarbeiter und Hausangestellte.

2) Nach der seit 1956 üblichen Einordnung der Reparaturbetriebe (in Landwirtschaft und Verkehr) unter Industrie.

3) Für 1961 einschl. 50 000 Beschäftigte in „Sonstigen Einrichtungen“ (Schulen, Projektierungsbüros), die bis 1958 bei den Wirtschaftsbereichen geführt wurden. Außerdem sind zum Vergleich mit den Vorjahren für 1961 die seit 1960 ausgelassenen Beschäftigten der „Gesellschftl. Organisationen“ (1960: 50 581) eingerechnet worden.

Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur

Innerhalb der gesamten sowjetzonalen Wirtschaft nahm die Beschäftigtenzahl (einschließlich Lehrlinge) von 1952 bis 1956 um rd. 325 000 Personen zu, von 1956 bis 1961 jedoch um rd. 94 000 Personen ab, wie aus der vorherigen Tabelle zu entnehmen ist. Bei dieser Entwicklung erfolgte in den untersuchten zehn Jahren ein ständiger Zugang bei der Gruppe der Arbeiter und Angestellten und bei den Genossenschaftsmitgliedern. Die Zahl der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der Lehrlinge nahm jedoch ab.

Der für die Gesamtwirtschaft festzustellende Beschäftigungszuwachs war nur möglich durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen und durch das Überwechseln des größten Teiles der Selbständigen und eines Teiles der mithelfenden Familienangehörigen in die Gruppe der Genossenschaftsmitglieder. Das gleichzeitig starke Anwachsen der Gruppe der Arbeiter und Angestellten erforderte den erhöhten Einsatz der arbeitsfähigen Frauen. Bei dieser Strukturveränderung stieg der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Gesamtbeschäftigtenzahl von rd. 70 % (1952) auf 78 % bis 1961 an. Weitere 14 % entfielen 1961 auf die Genossenschaftsmitglieder, knapp 5 % auf die Selbständigen und Mithelfenden und der Rest auf die Lehrlinge.

Beschäftigungsveränderung 1952 bis 1961 nach der Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	Beschäftigte 1) in 1000			Veränderung in 1000		
	1952	1956	1961	1952/56	1956/61	1952/61
Arbeiter und Angestellte 2)	5 461,1	6 026,4	6 310,6	+565,3	+284,2	+ 849,5
Lehrlinge	543,6	455,7	247,4	— 87,9	—208,3	— 296,2
Genossenschaftsmitglieder	39,6	219,3	1 143,5	+179,7	+924,2	+1103,9
Selbständige	1 025,1	889,0	295,4	—136,1	—593,6	— 729,7
Mithelfende Familienangeh.	783,8	587,9	87,8	—195,9	—500,1	— 696,0
Insgesamt	7 853,2	8 178,3	8 084,7	+325,1	— 93,6	+ 231,5

1) Einschließlich Lehrlinge, Heimarbeiter und Hausangestellte.

2) Für 1961 einschließlich 50 581 Beschäftigte bei gesellschaftl. Organisationen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, S. 173.

Trotz der Verminderung des Arbeitskräftepotentials um 1,34 Mill. Personen ist die Beschäftigtenzahl von 1952 bis 1961 noch um 231 000 Personen angestiegen.

Damit wurde die Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials erheblich verstärkt. Die verstärkte Ausnutzung wurde durch eine höhere Beteiligung der Frauenarbeit ermöglicht. Sie bildet auch für die künftige Entwicklung die einzige Reserve im gegebenen Arbeitskräftepotential. Allerdings könnte das Potential durch eine Verschiebung der Altersgrenzen für die Berufspflicht verändert werden. Bisher ist jedoch von dieser Möglichkeit zur Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials kein Gebrauch gemacht worden; im Gegenteil, es wurde durch die Einführung des zehnten Schuljahres eine Verminderung des Arbeitskräftepotentials um rd. 234 000 Personen (darunter 119 000 männliche Personen) vorgenommen. Damit sind die Möglichkeiten, die Produktion der sowjetzonalen Wirtschaft durch den Einsatz weiterer Arbeitskräfte auszudehnen, zwar erheblich vermindert worden, doch wird auf lange Sicht die Qualität der Arbeitskräfte mit der erweiterten Grundausbildung verbessert.

Arbeitskräftebilanz 1961

Ende 1961 waren rd. 4,119 Mill. männliche und 3,495 Mill. weibliche Personen, d. h. insgesamt 7,614 Mill. im arbeitsfähigen Alter als Beschäftigte in der sowjetzonalen Statistik ausgewiesen. Hinzu treten noch rd. 280 000 Beschäftigte im Militär- und Sicherheitswesen, d. h. die Beschäftigten der Ministerien für Staatssicherheit, für nationale Verteidigung und des Inneren sowie der angeschlossenen Organisationen. Außerdem sind die Beschäftigten für die nicht in der amtlichen Statistik erfaßten Sonderbereiche, zu denen die Betriebe des Uranerzbergbaus, des Amtes für Technik, die ausländischen Dienststellen und die den Parteien und politischen Organisationen unterstellten Betriebe zu zählen sind, hinzuzurechnen. Für diese Gruppe von Betrieben wurden rd. 130 000 Beschäftigte genannt.³⁾

Danach ergibt sich die Zahl von rd. 4,48 Mill. männlichen und 3,55 Mill. weiblichen Beschäftigten im arbeitsfähigen Alter. Insgesamt waren Ende 1961 also 8,024 Mill. Personen im arbeitsfähigen Alter beschäf-

3) Eine frühere Untersuchung hatte für den Stand von 1957 für alle nicht in der Statistik ausgewiesenen Beschäftigten die Zahl von 450 000 Personen eingesetzt. Vgl. H.-G. Tönjes: „Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftepotential in Mitteldeutschland“, in: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 1959, Heft 2, S. 219.

tigt. Von dem verfügbaren Arbeitskräftepotential müssen außerdem die im arbeitsfähigen Alter stehenden Studenten, Fachschüler und Oberschüler abgerechnet werden, deren Zahl mit rd. 225 000 (darunter 83 000 weibliche Personen) ermittelt wurde. Von dem verfügbaren Arbeitskräftepotential⁶⁾ verbleibt demnach ein nicht beschäftigter Rest von 79 000 männlichen und 1,645 Mill. weiblichen Personen. Der männliche Teil des Arbeitskräftepotentials war also zu 98,4% in der Wirtschaft oder in der Ausbildung eingesetzt, der weibliche Teil des Arbeitskräftepotentials zu fast 69%. Vom gesamten Arbeitskräftepotential waren 82,6% in der Produktion oder Ausbildung tätig, d. h. der noch nicht eingesetzte Rest des Arbeitskräftepotentials belief sich auf 17,4% des Potentials.

Das gesamte männliche Potential und zwei Drittel des weiblichen Potentials sind also von der Beschäftigung oder Ausbildung in Anspruch genommen.⁷⁾ In welchem Maße die Grenze der Ausschöpfbarkeit des Arbeitskräftepotentials damit erreicht ist, zeigt die nur noch schwache Steigerung von 1958 bis 1961. Geht man von der offiziellen Beschäftigtenzahl (ohne die erwähnten Zuschläge) aus, so waren Ende 1958 78,2% und 1961 79,2% des Arbeitskräftepotentials in der Wirtschaft eingesetzt, in drei Jahren also eine Steigerung um nur 1%. Demgegenüber war von 1950 bis 1958 eine Steigerung um über 10% eingetreten. Etwa seit dem Ende des ersten Fünfjahresplanes (1955) steht die Wirtschaft der Sowjetzone in der Vollbeschäftigung.

Die Beschäftigung der Rentner ist offenbar nicht gestiegen, sondern (u. a. durch das Ausscheiden der älteren mithelfenden Familienangehörigen) sogar etwas gesunken. Allerdings wurde der Einsatz der älteren Personen in außerwirtschaftlichen Funktionen (Fürsorge, Kindererziehung usw.) forciert. Bei erhöhter Rentnerarbeit sind häufige Ausfälle (längere Krankheiten), Fehlleistungen und die fehlende Modernität der Ausbildung zu beobachten; diese Gründe haben wahrscheinlich die Arbeitskräfteplanung von einem verstärkten Einsatz der Rentner abgehalten. Eine hohe Arbeitsproduktivität wird von dieser Gruppe zweifellos nicht erreicht, ja, ein verstärkter Einsatz der Rentner in der Produktion würde sicher die Steigerung der Arbeitsproduktivität verlangsamen.

Die Kinderarbeit ist seit 1958 nicht verstärkt worden; ebenso unterblieb eine Ausdehnung des Arbeitskräftepotentials durch eine Erfassung der Kinder, die die bisherige Altersgrenze der Berufspflicht unterschreiten. Mit der Einführung des zehnten Schuljahres wurde sogar das Arbeitskräftepotential um über 2% (234 000) gekürzt. Offenbar rechnet die Planung auf lange Sicht und strebt eine langfristige Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Verbesserung der Grundausbildung an, für die sie sogar eine gerade jetzt sehr stark spürbare Verminderung des Arbeitskräftepotentials in Kauf nimmt.

⁶⁾ Das sind alle Personen, die am 1. 6. über 16 Jahre und am 31. 12. unter 60 bzw. 65 Jahre alt waren.

⁷⁾ Nach früheren Berechnungen sind 46,3% aller Frauen verheiratet.

Arbeitskräftebilanz für die Sowjetzone

(Stand: 31. 12. 1961)

Lfd. Nr.	Personengruppe	Anzahl in 1000		
		männl.	weibl.	insgesamt
1	Beschäftigte ¹⁾	4 226	3 561	7 787
2	Beschäftigte in Sonderbereich. ²⁾	+ 27	+ 24	+ 51
3	Lehrlinge	+ 144	+ 103	+ 247
4	Beschäftigte im Rentenalter ³⁾	- 278	- 193	- 471 (6,03%)
5	Stat. ausgew. Zahl der Beschäftigten im arbeitsfähigen Alter	4 119	3 495	7 614
6	Beschäftigte im Militär- und Sicherheitsdienst ⁴⁾	+ 260	+ 20	+ 280
7	Beschäftigte in Sonderbereich. ⁵⁾	+ 104	+ 26	+ 130
8	Beschäftigte im arbeitsf. Alter	4 483	3 541	8 024
9	Studenten, Fachschüler u. Oberschüler im arbeitsfähigen Alter	142	83	225
10	Sonstige	79	1 655	1 734
11	Personen im arbeitsfähigen Alter (Personen, die am 1. 6. über 16 und unter 60 bzw. 65 Jahre alt waren ⁴⁾)	4 704	5 279	9 983
	Ausnutzungsgrad (8 in % v. 11)	95,3	67,1	80,4
	Reserve (10 in % v. 11)	1,6	31,2	17,4

¹⁾ Beschäftigte zum Jahresende ohne Militär- und Sicherheitswesen (VP, SSD, Armee) sowie Regiebetriebe des Militärs (Amt f. Technik), Uranerzbergbau, Regiebetriebe des Ministeriums des Innern, ausländische Dienststellen und deren Hilfsbetriebe. Vgl. Anm. 4) und 5).

²⁾ Seit 1960 werden rd. 51 000 Beschäftigte (davon 24 000 weibliche) in „Sonstigen Einrichtungen“, d. h. Betrieben und Büros der sozialen Organisationen, nicht mehr ausgewiesen.

³⁾ Nach der Krankenstatistik für 1961 „Statistische Praxis“ 1962, Heft 8, S. 205) waren von 6,556 Mill. dort erfaßten Beschäftigten 161 600 weibliche und 234 500 männliche Rentner, das sind 2,46% für die weiblichen und 3,57% für die männlichen Rentnerbeschäftigten. In dieser Statistik fehlen Handel und Handwerk mit hohem Anteil älterer Personen, andererseits ist die Landwirtschaft darin enthalten. Da außerdem die Dienstleistungen enthalten sind, dürften sich die möglichen Abweichungen annähernd ausgleichen.

⁴⁾ Nach vorliegenden Schätzungen wurden folgende Zahlen eingesetzt: a) Ministerium für Staatssicherheit (einschl. SSD) 16 000, b) Ministerium des Innern (einschl. Polizeiorgane) 82 000, c) Ministerium für Verteidigung (einschl. Volksarmee) 182 000, zusammen: 280 000, von denen 20 000 als weibliche Beschäftigte eingesetzt wurden. Vgl. „SBZ von A bis Z“ (Ein Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands), 7. Auflage, Bonn 1962.

⁵⁾ Als Sonderbereiche sind hier Beschäftigte erfaßt (geschätzte Zahlen): SDAG Wismut (Uranerzbergbau) mit angeschlossenen Betrieben 75 000; Betriebe, die bisher dem Amt für Technik unterstellt waren (militärische Regiebetriebe) 40 000; Ausländische Dienststellen 5000; Betriebe, die dem Ministerium des Innern, bzw. den Parteien unterstellt sind 10 000; zusammen: 130 000.

Die Frauenarbeit ist bis zu einem Maß angestiegen, das wohl kaum noch überschritten werden kann, ohne die Kindererziehung bzw. auf lange Sicht auch die Geburtenhäufigkeit einzuschränken. Auf Grund der etwas höheren Anzahl der Geburten gegenüber Westdeutschland ist die familiäre Belastung der Frauen in der Sowjetzone stärker; das gilt vor allem für den größeren Anteil der höheren Geburtenfolgen der Sowjetzone gegenüber Westdeutschland.

Der forcierte Ausbau von Kindergärten und Kindertagesstätten (die zugleich den Staat an der Erziehung maßgeblich beteiligen) weist aber auf weitere Bemühungen in diesem Zusammenhang hin. Die propagierte Einführung der Halbtagsbeschäftigung gilt als ein weiteres Anzeichen der verstärkten Heranziehung bisher nicht produktiv tätiger Frauen. Die Frauen stellen auch den größten Teil der Heimarbeiter⁸⁾, die vornehmlich von der privaten Wirtschaft (42 000) und von den halbstaatlichen Betrieben (23 000) beschäftigt werden. Von 95 000 Heimarbeitern im Jahre 1959 waren 89 100 oder fast 94% Frauen. Die Heimarbeiter konzentrieren sich auf die Bezirke Chemnitz, Dresden und Erfurt.

⁸⁾ Die Heimarbeiter sind in den hier mitgeteilten Beschäftigtenzahlen als Arbeiter und Angestellte enthalten.

Beschäftigungsstruktur und Arbeitsproduktivität

Die Ausnutzung des Potentials wurde gesteigert. Dabei bleibt allerdings die Frage der Arbeitsproduktivität zunächst ungeklärt.

Eine deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität ist offenbar in der Landwirtschaft eingetreten, denn der Arbeitskräftebesatz je 100 ha ist stärker gesunken als einige Ertragsziffern. Auf andere Weise läßt sich diese Frage nur schwer nachprüfen, da die Bruttoproduktionswerte zwar mit vergleichbaren Preisen angesetzt werden, aber die „Qualitätszusammensetzung“ häufig verändert wird. Wahrscheinlich konnten aber die aus dem Einsatz der letzten Arbeitskraftreserven folgenden Verluste an Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung und Automatisierung der Produktion⁹⁾ nicht nur aufgefangen, sondern auch übertroffen werden.

Die regionalen Unterschiede in der Ausnutzung des Potentials konnten trotz anhaltender Binnenwanderung und trotz steigender Investitionen in den weniger industrialisierten Gebieten nicht ausgeglichen werden, obwohl gerade dort noch greifbare Reserven liegen.¹⁰⁾ Abgesehen von den durch die Pendler nach Ostberlin belasteten Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder haben die mecklenburgischen Bezirke nach wie vor den größten Rückstand in der Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials hinter dem Gesamtdurchschnitt, während die Bezirke Gera, Dresden und Chemnitz und neuerdings auch Suhl am weitesten über diesem Durchschnitt liegen. Besonders stark sind die Unterschiede im Einsatz des weiblichen Potentials. Die Ausnutzungsquote schwankt zwischen 54,5 % und 76,4 % (Potsdam und Chemnitz) bzw. ohne die mit Ostberlin verbundenen Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder zwischen 56,5 % (Rostock) und 76,4 % (Chemnitz).

Ähnlich wie in Westdeutschland liegen die Chancen zu einer erhöhten Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials also im Ausgleich der regionalen Beschäftigungsstruktur. Ansätze hierzu bieten einige Projekte des Siebenjahresplanes, aber nur soweit wie sie in den kritischen Gebieten neue Arbeitsplätze für die un-

⁹⁾ Darauf weisen z. B. die steigenden Beschäftigungszahlen in der Investitionsgüterindustrie hin.

¹⁰⁾ D. Störbeck: „Arbeitskraft und Beschäftigung in Mitteldeutschland. Eine Untersuchung über die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials und der Beschäftigung von 1950 bis 1965“, Köln-Opladen 1961, S. 84 f.

beschäftigten Frauen, die zum Teil aus ihrer früheren Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft ausgeschieden sind, schaffen können.

Angesichts dieser Lage gewinnt für die sowjetzonale Wirtschaft die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des Abbaus hemmender bzw. negativ wirkender Faktoren besondere Bedeutung. Zu diesen Hemmnisfaktoren gehören die durch die stockende Materialversorgung bedingten Fehlschichten und Ausschußproduktionen, die immer noch spürbaren Mängel in der Produktionsausrüstung und schließlich die aus der allgemeinen Arbeitshaltung und auch wohl aus der politischen Haltung der Arbeitnehmer folgende hohe innerbetriebliche und außerbetriebliche Fluktuation sowie der ebenfalls damit verbundene hohe Krankenstand. Die schon seit Jahren laufenden Bemühungen zum Abbau dieser Hemmnisse sind in den letzten Jahren durch spürbare Maßnahmen, z. B. zur Senkung des Krankenstandes¹¹⁾, verstärkt worden. Andererseits wird auch weiterhin versucht werden, die Initiative der Arbeitenden zur Verbesserung der Produktionsmethoden und des Produktionsapparates durch die Neufestsetzung der Arbeitsnormen und durch die Vergabe von Prämien anzureizen, wie überhaupt das sowjetzonale Prämienlohn-System schon lange darauf abgestellt ist, den Produktionseffekt durch materielle Anreize zu steigern.

Die Schwierigkeiten, die sich in der Arbeitskräfteversorgung für die sowjetzonale Wirtschaft zeigen, sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil es nicht nur um die Erfüllung irgendeines Volkswirtschaftsplanes geht, sondern eines Planes, dessen Hauptziel die Überwindung des Abstandes in der Produktion und in der Versorgung zu Westdeutschland ist. Gleichzeitig hat die Wirtschaft der Sowjetzone im Laufe des Siebenjahresplanes in steigendem Maße Lieferungsverpflichtungen in Verbindung mit durchaus nicht immer günstigen Bezugsverpflichtungen im Rahmen des COMECON übernehmen müssen, so daß schon allein zur Erfüllung der binnenwirtschaftlichen Ziele des Siebenjahresplanes eine Uebererfüllung dieses Planes erforderlich wäre. Die Gegenläufigkeit von Plan und Wirklichkeit erklärt manche politischen Maßnahmen.

¹¹⁾ Ein deutlicher Beweis hierfür ist die kürzlich erfolgte statistische Bearbeitung dieses Themas. Vgl. E. Braun und F. Hagemann: „Die Senkung des Krankenstandes — eine gesellschaftliche Aufgabe“, in: Statistische Praxis, 17. Jg. (1962), Heft 8, S. 203 ff.